



DER AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Direktor des HWWI

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit dem 1. April 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungsökonomie.

PUNKTESYSTEM

Mehr Fachkräfte!

Deutschland braucht mehr zusätzliche Fachkräfte. Dies ist eine wichtige Botschaft der letzten Wochen. Der erfreuliche Konjunkturboom hat in vielen Betrieben zu einem schwerwiegenden Mangel an qualifiziertem Personal geführt. Bereits werden als Folge der fehlenden Fachkräfte milliardenschwere Produktionsausfälle beklagt. Viele Frauen und noch mehr Ältere würden bereit stehen. Sie wären noch so gerne bereit, die Lücke zu füllen und ihren Beitrag zur Problemlösung zu leisten. Die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte zu erleichtern, wäre eine weitere Möglichkeit, den Mangel zu beheben. Das hat auch die Bundeskanzlerin erkannt. Sie hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung gebeten, bis Ende August einen Vorschlag zur Revision des Zuwanderungsgesetzes zu erarbeiten. Dieser Vorstoß kommt zur rechten Zeit.

Denn das neue Zuwanderungsgesetz hat für eine ökonomisch sinnvolle Auswahl von Ausländern keine Basis geschaffen. Im Gegenteil: mittlerweile zeigt sich in der täglichen Praxis, dass gerade die Bestimmungen zur Einwanderung von Hochqualifizierten wenig effektiv sind.

Laut Zuwanderungsgesetz gelten als Hochqualifizierte „Wissenschaftler mit besonderen fachlichen Kenntnissen“, „wissenschaftliche Mitarbeiter in herausgehobener Funktion“ oder „Spezialisten und leitende Angestellte mit besonderer Berufserfahrung“, die ein hohes Gehalt verdienen. Im Gesetz wird ein Gehalt „in Höhe von mindestens dem Doppelten der Bei-

tragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Krankenversicherung“ festgelegt; zum heutigen Zeitpunkt (Sommer 2007) sind das 85.550 Euro. Das ist ein mehr als hohes Gehalt, das gerade von jüngeren Zuwanderern kaum zu erreichen ist, selbst wenn sie hochqualifiziert sind. So erhielten dann auch in den beiden letzten Jahren auf Grundlage dieser Regelung jährlich jeweils weniger als tausend Hochqualifizierte eine Niederlassungserlaubnis, von denen zudem die Mehrheit bereits vor 2006 nach Deutschland eingereist war. Zu recht dreht sich deshalb die aktuelle Debatte darum, die Hürden für eine dauerhafte Einwanderung von Hochqualifizierten zu senken. Dabei geht es insbesondere um eine Absenkung der Einkommensgrenzen.

Die Einkommensschwellen für junge Hochqualifizierte sollten sich an den Einstiegsgehältern von deutschen Akademikern orientieren, so dass die Einkommensgrenzen zwischen 35.000 und 45.000 Euro liegen sollten.

In der Praxis zeigt sich auch, dass mit dem Verzicht auf das ursprünglich geplante Punktesystem vom Zuwanderungsgesetz nicht viel mehr übrig geblieben ist als ein Integrationsgesetz. Das ist nicht wenig. Es ist aber nicht genug, um eine ökonomisch sinnvolle Auswahl der Zuwanderung vorzunehmen. Der Verzicht auf den Selektionsmechanismus eines Punktesystems ist gleichermaßen schade wie schädlich. Es ist schade, weil gerade das Punktesystem (das ja nur in Kombination mit der Festlegung von Zuwanderungsquoten seine

Wirkung entfalten kann) die echte politische Kompromisslösung darstellen würde. Das Punktesystem erlaubt, mit einem Instrument gleichzeitig zwei Ziele zu erfüllen: das Begrenzungsziel ebenso wie das Steuerungsziel. Der große Irrtum liegt in der Meinung, mit dem Punktesystem würden Tür und Tor nach Deutschland weit geöffnet und die Politik verlöre die in der Tat fundamentale Kompetenz, die Grenzen dicht zu machen, wann immer sie glaubt, die Zuwanderung stoppen zu müssen. Das Gegenteil ist der Fall.

Das Punktesystem belässt der Politik die Möglichkeit, jederzeit die legale Zuwanderung nach Deutschland vollständig zu stoppen, bietet aber zusätzlich der Politik ein hohes Maß an Flexibilität, die gewünschte Zuwanderung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten steuern zu können.

Das Punktesystem ist zunächst einmal ein Begrenzungssystem. Der erste Schritt besteht nämlich darin, dass ein Zuwanderungsrat – oder auch eine andere poli-

tische Instanz, oder letztlich sogar Parlament oder Regierung – Jahr für Jahr von Neuem eine Quote festlegen müsste, die zuallererst verbindlich bestimmt, wie viele Menschen legal nach Deutschland einwandern dürfen. Selbstredend kann der Zuwanderungsrat auch eine Quote von Null als angemessen und richtig erachten, was im Klartext nichts anderes bedeutet als ein Zuwanderungsstopp. Es ist somit offensichtlich, dass ein Punktesystem mit jedem Niveau der politisch gewünschten legalen Zuwanderung vereinbar ist. Punktesystem und Begrenzung der Zuwanderung sind nicht unversöhnliche Gegensätze, sondern harmonische Ergänzungen!

Der Verzicht auf das Punktesystem ist aus wirtschaftlicher Sicht schädlich. Erst ein Punktesystem bietet die Möglichkeit, eine ökonomisch sinnvolle Auswahl der Zuwanderungsberechtigten vorzunehmen. Es schafft einfache und klare rechtliche Regeln für die Arbeitsmigration. Es erlaubt, zweckmäßig und flexibel auf sich ändernde Gegebenheiten auf dem Arbeits-

markt zu reagieren. Mit einem Punktesystem vergrößert sich der migrationspolitische Gestaltungsspielraum für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Mit dem Verzicht auf das Punktesystem bleibt es dabei, dass der Zugang für ausländische Arbeitnehmer zum deutschen Arbeitsmarkt durch komplexe und restriktiv anwendbare Bestimmungen behindert wird. Die Steuerung der Arbeitsmigration bleibt durch eine bürokratische Grundtendenz charakterisiert, die abschreckend und nicht einladend wirkt. Die anstehende Revision der deutschen Zuwanderungspolitik sollte genutzt werden, um Deutschland im weltweiten Wettbewerb um die besten Köpfe bessere Chancen einzuräumen. Die entscheidende Frage lautet nicht, was getan werden muss, um Zuwanderung einzudämmen, sondern sie lautet: Was können wir tun, um Fachkräfte aus aller Welt anzuziehen, zu halten und mit ihnen zusammen Deutschlands internationale Wettbewerbsfähigkeit auf höchstem Niveau zu sichern?